

**Protokoll der Sitzung des „Kleinen Beirates“
des Landesteilhabebeirats am 31. Januar 2018**

Dauer: 15:00 - 17:30 Uhr

Ort: etage, Herdentorsteinweg 37, 28195 Bremen

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Einstimmig beschlossen

TOP 2 Protokoll des Kleinen Beirates am 13. September 2017

Protokoll ohne Änderungen angenommen.

TOP 3 Psychiatriereform

Der Vortrag von Herrn Utschakowski umfasst folgende Themenschwerpunkte: Modellprojekte, Beschwerdestelle, Doppeldiagnose, weitere Ziele für Bremen und Bremerhaven.

Details können der beigefügten Power-Point-Präsentation entnommen werden.

Die Modellprojekte werden für 2018 und 2019 finanziert, die Finanzierung darüber hinaus ist noch unklar. Modellprojekte die Menschen mit einer psychischen Erkrankung und geistigen Behinderung ansprechen, sind bislang nicht enthalten.

Der Sozialpsychiatrische Krisendienst wird werktags bis 21 Uhr und am Wochenende bis 17 Uhr angeboten. Daneben gibt es das Nachtcafé in der Tagesstätte West. Dies hat täglich von 20 bis 01 Uhr geöffnet. Ferner gibt es eine nächtliche telefonische Beratung. Weitere Projekte sind angestrebt.

Ein Eckpunktepapier zum Bremischen Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (BremPsychKG) wird gerade durch die Senatorin für Gesundheit erarbeitet. Das Papier wird im Nachgang eingangs hausintern diskutiert.

Mit Blick auf das vom Landesteilhabebeirat geforderte Medizinische Zentrum für Erwachsene mit Behinderung (MZEB) ergänzt der Vorsitzende, dass im Dezember 2017 ein Antrag beim Zulassungsausschuss der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen eingereicht wurde. Eine Entscheidung über die mögliche Genehmigung soll im April 2018 durch den Ausschuss getroffen werden. Der Landesbehindertenbeauftragte hat sich im Vorfeld mit dem anliegenden Schreiben an die Mitglieder des Ausschusses gewandt.

Herr Baumann spricht abschließend den Beschluss des Landesteilhabebeirates vom 25.02.2016 zum § 64b SGB V an. In diesem heißt es:

„Darüber hinaus fordert der Landesteilhabebeirat weiterhin ein Modellprojekt zur Einführung eines Regionalbudgets nach § 64b SGB V durch die Seestadt Bremerhaven. Mit einer guten Umsetzung des Regionalbudgets nach § 64b SGB V - hiervon ist der Beirat überzeugt - könnte das Land Bremen erneut eine Vorreiterrolle im Bereich der Psychiatrie einnehmen.“

Herr Utschakowski teilt hierzu mit, dass die senatorische Dienststelle sich mit einem Regionalbudget nach §64b SGB V befasst hat. Aktuell gibt es aber keine neuen Entwicklungen.

TOP 3 Aktueller Stand zum Bremischen Behindertengleichstellungsgesetz

Frau Laubstein stellt die aktuellen und anstehenden Arbeitsabläufe des Entwurfes vom 30.05.2017 vor.

Zunächst wurden die Stellungnahmen inhaltliche bewertet und interne Gespräche mit der Hausspitze geführt. Danach erfolgte ein Austausch mit anderen Ressorts (Schwerpunkte waren unter anderem: Haushaltsvorbehalt, Zielvereinbarungen, Barrierefreiheit, Leichte Sprache, Barrierefreie Informationstechnik). Nach den Gesprächen mit den Ressorts erfolgte die Erarbeitung des 2. Arbeitsentwurfs. Dieser Arbeitsentwurf wird im Februar unter anderem an den Landesteilhabebeirat versendet. Anschließend wird ab April eine erneute Prüfung und Beratung mit der Hausspitze stattfinden.

Diskurriert im Landesteilhabebeirat wird nachfolgend die Frage, ob die überarbeitete Fassung des BremBGG schnellstmöglich durch die Bremische Bürgerschaft verabschiedet werden soll oder ob der Beirat sich damit einverstanden erklärt, die *EU Richtlinie 2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen* mit der anstehenden Novellierung einzuarbeiten. Der zeitliche Rahmen für die Einarbeitung wäre September/ Oktober 2018.

Die stimmberechtigten Mitglieder des Landesteilhabebeirates sprechen sich für die direkte Aufnahme der EU-Richtlinie einstimmig aus. Somit wird das BremBGG mit der eingearbeiteten EU-Richtlinie im Herbst 2018 an die Bremische Bürgerschaft übergeben.

TOP 4 Bremische Landesbauordnung

a. Aktueller Stand zur Novellierung der Bremischen Landesbauordnung (Herr Möller)
Ende September 2017 wurde das Gesetz an die Hausspitze des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr übergeben. Zu Themen wie Baumschutz, Gründachsatzung etc. besteht noch Abstimmungsbedarf.

Sofern die genannten Punkte abschließend erörtert sind, könnte der Gesetzentwurf Anfang März in die Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr und anschließend im April an die Bürgerschaft übergeben werden.

b. Selbstverpflichtung der Bauwirtschaft (Vorsitzender)

Die Quote für Rollstuhlgerechte Wohnungen (*mehr als 8 Wohnungen = 1 Rollstuhlgerechte Wohnung / mehr als 20 Wohnungen = 2 Rollstuhlgerechte Wohnungen*) wird in die Landesbauordnung aufgenommen, tritt jedoch erst zum 01.01.2021 In Kraft.

Bis dahin soll eine freiwillige Selbstverpflichtung gelten. Nach einem bereits vorliegenden Konzept wird zunächst eine Bedarfsabfrage erfolgen. Die Abfrage und weitere Schritte werden durch den Verein kom.fort durchgeführt. Derzeit besteht noch Klärungsbedarf mit der Wohnungswirtschaft. In drei geführten Sitzungen konnte die Finanzierung bislang nicht abschließend geklärt werden.

Herr Keck erfragt um welche Summe es bei der Diskussion gehe. Der Vorsitzende schildert, dass insgesamt 24.000 € benötigt werden. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft hat sich bereit erklärt, die Hälfte dieser Summe zu übernehmen. Somit wäre der Restbetrag von 12.000 € von der Freien Wohnungswirtschaft zu tragen. Jedoch haben die Vertreter dieser durchblicken lassen, dass die gesamte Kostenübernahme durch die öffentliche Hand erfolgen sollte. Dabei geht es nicht um das Finanzielle sondern um die Sache an sich.

Abschließend fordert der Landesteilhabebeirat, wenn die Vereinbarung der freiwilligen Selbstverpflichtung scheitert, die sofortige Verabschiedung der eingangs genannten Quote für Rollstuhlgerechte Wohnungen. Den Beteiligten soll eine Frist bis Ende Februar eingeräumt werden. Das anliegende Schreiben wird einstimmig beschlossen.

TOP 5 Vorbereitung der April-Sitzung des Gesamten Beirates

Die Umsetzung der datierten Maßnahmen aus dem Landesaktionsplan der Freien Hansestadt Bremen (Maßnahmenkatalog) sollen abgefragt werden.

Das Sozialressort soll zur Umwandlung stationärer Angebote in ambulante Unterstützungsformen Stellung nehmen.

TOP 6 Informationsaustausch

Herr Frankenstein: Rundfunkrat: Treffen mit anderen Mitgliedern aus Rundfunkräten der Bundesländer. Zusammenkunft bei Radio Bremen. Frage der Kooperation; Bild behinderter Menschen in den Medien; Bildung einer AG für Konzepterstellung für Radio Bremen; Herr Frankenstein schickt eine Einladung an alle

Herr Karbe Umsetzung Bundesteilhabegesetz (BTHG);
Unabhängige Teilhabeberatung; Anbau Haus der Blinden;

Frau Laubstein Bearbeitung BremBGG

Herr Priesmeier Begleitausschuss BTHG; Termin 28.03. um 14 Uhr

Frau Stegmann Vorbereitung Protesttag, unabhängige Teilhabebereitung,
Mediationsverfahren Wallforum, Wahlrechtsausschluss

Der Vorsitzende dazu: Ausschluss vom Wahlrecht für Menschen die unter rechtlicher Betreuung stehen, wird aufgehoben (zu finden unter Drucksache der Bremischen Bürgerschaft mit der Nummer 19 / 1487)

Herr Arfmann	Patientenfürsprecher in der Forensik
Frau Dietzmann	Umsetzung Pilotprojekte
Herr Wächter	Rechte geflüchteter Menschen mit Behinderungen (VA 08.03.) geht rum
Frau Rohdenburg	Erweiterungsbau für junge Erwachsene, 60. Jähriges Jubiläum von Conpart
Herr Winkelmeier	Umsetzung ergänzende unabhängige Teilhabeberatung
Frau Schöning	Unabhängige Teilhabebereitung für Senioren und Migranten
Herr George	Gespräch zur Villa Nutzung mit Senatorin Stahmann und Staatsrat Lühr
Herr Keck	Finanzierung stationäres Wohnen, Trennung von Fach- und Existenzsicherungsleistungen; Schulassistenz
Frau Meierdiercks	Finanzierung der Landesarbeitsgemeinschaft
Herr Steuck	Newsletter - Feedback?
Baumann	Homepage für Landesteilhabebeirat, BTHG
Herr Steinbrück	Asphalt vs. Großsteinpflaster; Mediation Schulassistenz; Zukunftskommission